

Notwendige Unterlagen:

- Zweckbindungserklärung

Zusätzlich benötigen wir folgende Unterlagen/Angaben, falls die Auszahlung über die Rosenheimer Unterstützungskasse e.V. erfolgen soll:



- Kopie Personalausweis
- Sozialversicherungsnummer: _____
- Steuer- Identifikationsnummer: _____
- Krankenversicherung: gesetzlich privat
- Mitgliedsnummer und Name der Krankenversicherung:

- Anzahl der Kinder, sowie Geburtsdaten der Kinder (wg. Beitragspflicht zur gesetzlichen Pflegeversicherung)

- Anzahl der Kinderfreibeträge: _____
- Religion: römisch-katholisch evangelisch nicht kirchensteuerpflichtig sonstige _____

Bemerkungen:

Datenschutzerklärung

Weitergabe Ihrer persönlichen Daten an Dritte.

Wir verpflichten die nachfolgend genannte Stelle vertraglich auf die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz und die Datensicherheit zu achten.

Übertragung der Abrechnung von Versorgungsbezügen auf eine andere Stelle:

Bestimmte Aufgaben, wie zum Beispiel die Abrechnung von Leistungsfällen führen wir teilweise nicht selbst durch.

Um diese Abrechnung vornehmen zu können, müssen wir die dafür erforderlichen Daten über einen Fremddienstleister an ein Rechenzentrum und einen diesem vorgeschalteten steuerlichen Berater übermitteln.

Damit wir diese geschützten Daten weitergeben können, benötigen wir Ihre Zustimmung.

Soweit erforderlich, erlaube ich den Mitarbeitern der Rosenheimer Unterstützungskasse e.V. die Weitergabe der geschützten Daten.

Hiermit bestätigen wir, dass alle oben gemachten Angaben zum Zeitpunkt der Unterschriftsleistung zutreffend sind.

Ort, Datum

Unterschrift der versorgungsberechtigten Person

Stempel, Unterschrift des Arbeitgebers

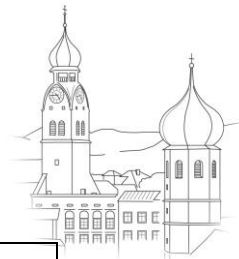
Gebührenordnung der Rosenheimer Unterstützungskasse e.V.



Diese Gebührenordnung definiert die Verwaltungsgebühren der Trägerunternehmen der Rosenheimer Unterstützungskasse e.V. für die Einrichtung und Verwaltung von Versorgungsberechtigten (Versorgungsanwärter und Rentner). Dem Vorstand obliegt es satzungsgemäß, ggf. weitere Kosten verursachungsgerecht festzulegen. Die genannten Verwaltungsgebühren bemessen sich am jeweils zum Fälligkeitstermin vorhandenen Bestand an Versorgungsberechtigten und werden jährlich zum jeweiligen Fälligkeitstermin erhoben.

	Beitragsorientierte Leistungszusagen	Leistungszusagen
I. Verwaltung laufender Versorgungsanwartschaften		
a) Trägerunternehmen, für die eine <u>Lastschriftinzugsermächtigung</u> zu Gunsten der Unterstützungskasse vorliegt, jährlich aa) je beitragspflichtiger Zusage eines Versorgungsberechtigten ab) je beitragsfreier Zusage	24,00 Euro p.a. 12,00 Euro p.a.	36,00 Euro p.a. 36,00 Euro p.a.
b) Trägerunternehmen, für die <u>keine Lastschriftinzugsermächtigung</u> zu Gunsten der Unterstützungskasse vorliegt, jährlich ba) je beitragspflichtiger Zusage bb) je beitragsfreier Zusage	48,00 Euro p.a. 24,00 Euro p.a.	48,00 Euro p.a. 24,00 Euro p.a.
c) Trägerunternehmen, für die eine Lastschriftinzugsermächtigung zu Gunsten der Unterstützungskasse vorliegt, und das Trägerunternehmen mehr als 50 Mitarbeitern eine Versorgung über die Unterstützungskasse zugesagt hat** ** Die Gebühr gilt im jeweiligen Segment, Datenlieferung erfolgt elektronisch im durch die Unterstützungskasse vorgegebenen Datenformat. Für Versorgungszusagen im Rahmen von Lohnoptimierungsmodellen und für Jahreszahlungen wenden Sie sich bitte an uns.	auf Anfrage	auf Anfrage
II. Weitere Verwaltungsleistungen der Kasse		
a) Erstellen von PSV-Kurztestaten - automatische Erstellung im Folgejahr zum Bilanzstichtag - nachträgliche erstmalige Erstellung, je Testat - nachträgliche Duplikaterstellung, je Testat		kostenfrei 50,00 Euro 25,00 Euro
b) Erstellung von Ersatzdokumenten für Trägerunternehmen, Liquidatoren, Insolvenzverwalter, Versorgungsberechtigte		je Dokument 35,00 Euro
c) Änderung der Zusage und/oder der Rückdeckungsverträge		35,00 Euro
d) Bearbeitung von jährlichen Dynamikvorgängen da) sofern die Dynamisierung keine Änderung der Garantiesummen in der Rückdeckungsversicherung zur Folge hat db) sofern die Dynamisierung eine Änderung der Garantiesummen im Rückdeckungsvertrag zur Folge hat - bei prozentualer Dynamisierung bzw. BBG-Dynamisierung - bei gehaltsabhängiger bzw. dienstzeitenabhängiger Dynamisierung - bei Kollektiven von mehr als 50 Mitarbeiter		kostenfrei 25,00 Euro 35,00 Euro auf Anfrage
e) Berechnung einer unverfallbaren Anwartschaft im Rahmen von Leistungszusagen (als externe versicherungsmathematische Dienstleistung)		100,00 Euro ab 3 Personen auf Anfrage
f) Versorgungsausgleichsverfahren (interne Teilung) gemäß Teilungsordnung		3% des Ausgleichswertes, mind. 500,00 Euro, max. 1.000,00 Euro
g) Stornierung einer Versorgungszusage unmittelbar nach Einrichtung		150,00 Euro
h) Übertragung einer Versorgungszusage im Rahmen eines Arbeitgeberwechsels gem. §4 Abs. 2 Nr. 1 BetrAVG (Gebühren sind vom abgebendem Trägerunternehmen zu tragen)		100,00 Euro pro Trägerunternehmen zzgl.

Gebührenordnung der Rosenheimer Unterstützungskasse e.V.



ha) bis zu 50 Versorgungsberechtigten	25,00 Euro je versorgungsberechtigter Person
hb) ab 51 Versorgungsberechtigten	auf Anfrage
i) Vertragsaukünfte gemäß § 4a BetrAVG (ausgenommen Übertragungswert gem. § 4 Abs.3 BetrAVG)	einmal jährlich kostenfrei jede weitere Anfrage 40,00 Euro
j) Vertragsaukünfte zum Übertragungswert gemäß § 4a Abs. 3 BetrAVG	100,00 Euro pro Anfrage
III. Sonstige Gebühren	
a) Gebühren bei Rücklastschriften	15,00 Euro
b) Kontenklärung im Rahmen von Überweisungen - je Vorgang	15,00 Euro
IV. Übernahme oder Übertragung bestehender Versorgungszusagen	
a) Einrichtungsgebühr für die Übernahme	einmalig
aa) je Trägerunternehmen	500,00 Euro je Trägerunternehmen zzgl. 75,00 Euro je versorgungsberechtigter Person
ab) je Trägerunternehmen bei elektronischer Datenlieferung aller Unterlagen sowie Personal- und Zusagedaten durch das Trägerunternehmen und dem Rückdeckungsversicherer	350,00 Euro je Trägerunternehmen zzgl. 50,00 Euro je versorgungsberechtigter Person
b) Übertragung auf eine andere Unterstützungskasse, auf einen neuen Arbeitgeber zur Fortführung der Versorgungszusage, in eine sog. Zielversorgung im Rahmen der externen Teilung (Versorgungsausgleich) - je Versorgungsanwärter/Leistungsempfänger	einmalig 150,00 Euro
c) Übertragung auf ein Lebensversicherungsunternehmen im Rahmen der Liquidation des Trägerunternehmens	1% des zu leistenden Einmalbeitrages im Rahmen der Auslagerung, mind. 500,00 Euro je Trägerunternehmen
V. Verwaltung von Versorgungsleistungen	
a) Bearbeitung einmaliger Leistungen auf Antrag (Kapitalabfindungen)	einmalig
aa) Auskehrung des Bruttokapitals an das Trägerunternehmen (je Rückdeckungsversicherung)	75,00 Euro
ab) Auszahlung des Nettokapitals an den Leistungsempfänger inklusive der Abrechnung und Abführung von Steuern und Sozialabgaben (je Rückdeckungsversicherung)	125,00 Euro
b) Bearbeitung wiederkehrender Leistungen (Rentenzahlungen) auf Antrag	vorschüssig
ba) Auskehrung der Bruttorente an das Trägerunternehmen	45,00 Euro p.a.
bb) Auskehrung der Nettorente an Rentner inklusive der Abrechnung und Abführung von Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträgen - Einrichtung der Nettoabrechnung im Jahr der ersten Rentenzahlung - jährliche Verwaltung der auszugehenden monatlichen Leistungen ab dem Folgejahr	125,00 Euro einmalig 96,00 Euro p.a.
c) Bearbeitung eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses innerhalb der Leistungsphase	250,00 Euro je Vorgang

Das Trägerunternehmen und Rosenheimer Unterstützungskasse e.V. sind der Auffassung, dass die von der Unterstützungskasse erbrachten Leistungen umsatzsteuerfrei sind. Aus diesem Grunde wird auf die Verwaltungsgebühren keine Umsatzsteuer erhoben. Für den Fall, dass die Finanzverwaltung die erbrachten Leistungen trotzdem als umsatzsteuerpflichtig ansehen sollte, müsste die Rosenheimer Unterstützungskasse e.V. dies umsetzen. Für diesen Fall vereinbaren Unterstützungskasse und Trägerunternehmen, dass der Gebührenanspruch der Kasse gegen das Trägerunternehmen auf Zahlung der Umsatzsteuer erst fällig wird, wenn die Leistungen von der Finanzverwaltung als umsatzsteuerpflichtig angesehen werden. Die genannten Verwaltungsgebühren werden dann um die gesetzliche Umsatzsteuer erhöht.